

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische Presse. 1890-1944 1919**

238 (23.5.1919) Abendausgabe



# Badische Presse

General-Anzeiger für Karlsruhe und das badische Land.  
Weitans größte Bezieherzahl von allen in Karlsruhe erscheinenden Zeitungen.

Redaktion  
Telef. Nr. 300

Geschäftsstelle  
Telef. Nr. 80

**Werbung:**  
Kategorie A (ohne Anstr. Weisschen):  
In Karlsruhe: Im Verlage und in  
den Zeitungen abgeheft monatlich  
1.20, frei ins Haus geliefert 1.50.  
Kategorie B (mit Anstr. Weisschen):  
In Karlsruhe: Im Verlage und in  
den Zeitungen abgeheft monatlich  
1.70, frei ins Haus geliefert 2.00.  
Kategorie C (bei Abholung am Vol-  
lhalter 1.87, durch den Ver-  
leger täglich 2 mal ins Haus 1.61)  
Kategorie D (mit Anstr. Weisschen):  
In Karlsruhe: Im Verlage und in  
den Zeitungen abgeheft monatlich  
1.70, frei ins Haus geliefert 2.00.  
Kategorie E (bei Abholung am Vol-  
lhalter 1.58, durch den Ver-  
leger täglich 2 mal ins Haus 1.82)  
Einzelnummer . . . 10 Pf

**Einenum und Berlin vom  
Verd. Liberaarten.**  
Chefredakteur: Albert Herzog.  
Verantwortl. für allem. Inhalt:  
Herausgeber: Prof. Dr. phil. h. c. h.  
H. v. Soden, bad. Provinz u. Provinz  
H. v. Soden, für den Anzeigenteil  
H. v. Soden, alle in Karlsruhe.  
Verleger: Berlin W. 10.  
**Anzeigen:** Die einseitige Grund-  
sätze Nr. 4. Die Restamerteile 1.50.  
Kleinanzeigen 1.20, die Zeile,  
ausserdem 30% Feuerungsabgabe.  
Für Platzvorschriften und Tag der  
Annahme kann keine Gewähr über-  
nommen werden.  
Bei Abrechnungen jährl. Rabatt, von  
der Nichtzahlung des Betrages, bei gerichtl.  
Streitigkeiten u. Bankrotten außer Kraft rest.

## Graf Brodorski-Rankau über die augenblickliche Lage.

Paris, 22. Mai. Der Reichsminister des Innern, Graf von Brodorski-Rankau, gewährt heute dem Vertreter des Reichstagesbüros des Vereins Deutscher Zeitungsverleger in Versailles eine Unterredung, in deren Verlauf der Führer unserer Friedensdelegation auf die Frage, wie die augenblickliche Lage sei, ungefähr folgendes antwortete:  
„Wie Sie wissen, ist unsere Delegation in enger Fühlung mit der Reichsregierung in Berlin damit beschäftigt, die unendlich verschiedenen Bestimmungen des Vertrages auf ihre Tragweite hin zu prüfen und festzustellen, ob wir in der Lage sein werden, den Bestimmungen zu entsprechen, die uns der Vertrag auferlegt. Diese Prüfung kann natürlich nur im Einvernehmen mit den maßgebenden Vertretern unserer Wirtschaft und Finanzen erfolgen, die auf Grund eines sehr eingehenden Studiums der in vielen Fällen kaum übersehbar von uns verlangten Verpflichtungen darüber Klarheit zu schaffen haben, ob uns Erfüllbares oder Unersüßliches zugemutet wird. Denn das möchte ich gerade betonen, in diesem Augenblick handelt es sich weniger um die Verantwortung, sondern um die Möglichkeit, sondern darum, sich darüber klar zu werden, ob ein ehrlicher Mann das, was die Entente verlangt, unterzeichnen kann oder nicht. Denn wenn er unterschreibt, dann muß er auch innerlich davon überzeugt sein, daß das deutsche Volk so schwer es ihm auch werden mag, in selbstig begrenzter Frist die Bedingungen zu erfüllen imstande ist, auf die der Unterzeichner es festsetzt.“

Könnte Herr Graf mitteilen, ob die Prüfung des Friedensvertrages schon so weit vorgeschritten ist, daß ein Urteil über die Annahme oder Nichtannahme desselber schon jetzt besteht?  
„Davon kann in diesem Augenblicke noch keine Rede sein. Der uns vorgelegte Entwurf ist so komplex, daß in seinen Einzelheiten so viele internationale Verbindlichkeiten vor und in ihm liegen, die für das deutsche Volk unübersehbar, daß es gar nicht möglich ist, in einem Zeitraum von etwa 12 Tagen sich über alle diese Folgen Rechenschaft abzulegen. In einzelnen Punkten konnten wir bereits unsere Bedenken in großen Zügen unterbreiten. Entschlüsse zu dem ganzen Vertrag konnten bisher weder hier noch in Berlin gefaßt werden.“  
Was halten Herr Graf von den in der gestrigen Presse an die Spitze des „Warschaller Post“ nach dem besetzten Gebiet gerichteten Aufrufen?  
„Auf diese Frage kann ich mich nicht einlassen. Sie können sich aber denken, daß diese Aufrufe und die daran geknüpften Kombinationen mich in meinem Arbeitsprogramm in keiner Weise beeinflussen werden. Heute kommt alles darauf an, daß das deutsche Volk und seine berechtigten Führer die Ruhe bewahren, die zur Lösung des schwierigen Problems erforderlich ist. Das deutsche Volk steht vor einer schweren Aufgabe und ich habe die Gewissheit, daß es dieser Aufgabe gewachsen sein wird. Es kann aber auch übersäen sein, daß die Reichsregierung und die Friedensdelegationen in gemeinschaftlicher Beratung nur einen Entschluß fassen werden, der die Interessen aller Beteiligten in der ersten Berücksichtigung, und daß sie vor allem ihre Hauptaufgabe darin sehen werden, alle Meinungsäußerungen zu tun, um den Deutschen eine Lebens- und Existenzmöglichkeit zu sichern.“

## Deutschlands Forderungen an Amerika.

Berlin, 21. Mai. Die Berliner Vertretung der „Associated Press“ gab am gestrigen Dienstag die nachstehende, ihr von berufener Seite erteilte Information nach Amerika:  
Deutschland lehnt es ab, die ihm vorgelegten Friedensbedingungen zu unterzeichnen, weil sie die wirtschaftliche Versorgung, die politische Entzweiung und die moralische Degradierung für die ganze deutsche Nation wie für jeden einzelnen Deutschen bedeuten, und zwar nicht nur für das gegenwärtig lebende Geschlecht, sondern selbst noch für ungeborene Generationen. Daß diese Folgen aus der Annahme der Friedensbedingungen logisch eintreten müssen, jagt die amerikanische Presse selbst vorbehaltlos anerkennend. Demgegenüber stellt sich Deutschland auf den Standpunkt, daß man von ihm überhaupt nicht die Annahme derartiger Bedingungen fordern darf und daß die Entente nicht berechtigt war, solche Forderungen zu stellen. Deutschland hat vielmehr nicht nur einen moralischen Anspruch aus den ihm gemachten allgemeinen Verprechungen, sondern direkt eine nach den Grundregeln des Völkerrechts feststehende, bestimmte und klar umschriebene Forderung an alle Ententemächte und an die Vereinigten Staaten im besonderen.  
Die ausdrückliche Anerkennung des Rechtes Deutschlands und des deutschen Volkes auf einen Frieden des Rechts, der Gerechtigkeit und der Versöhnung anstatt des paragraphierten Haghauges, den man in Versailles geschrieben hat, ist enthalten in der Note des amerikanischen Staatssekretärs Lansing vom 5. November 1918. Darin teilt der amerikanische Staatssekretär dem Schweizerischen Bundesrat in Washington vorbehaltlos mit, daß die vom Präsidenten Wilson in seinen 14 Punkten festgestellten Grundzüge für die Gestaltung der Friedensbedingungen maßgebend sein sollen. Die Forderungen nach sorgfältigen Erwägungen ebenfalls als Basis der Grundlage des Friedensschlusses anzuerkennen.  
Die Rechte aus diesen ganz bestimmten Erklärungen sämtlicher Ententemächte und der Vereinigten Staaten bilden das einzige Aktenstück Deutschlands in dem allgemeinen moralischen Zusammenbruch der ganzen internationalen Politik, der seinen nicht zu überbietenden Höhepunkt in den Bedingungen von Versailles gefunden hat. Demgegenüber meldet Deutschland seine klaren juristischen Ansprüche nach dem internationalen Rechte an.  
Gegenüber der politisch-moralischen Sanerottmasse von unerschütterlichen Rechten, und die ist nicht in der Lage, in diesem Augenblicke nachzugeben. Deutschland hat Frieden geschlossen, auf dem gemacht hat, und ganz Amerika wie jeder einzelne Amerikaner ist für die Erfüllung dieses Anspruches haftbar.  
Es ist nicht Sache des deutschen Volkes, anzugeben, wie seine Vertreter Lansing vom 5. November in die Wirklichkeit umgesetzt werden sollen. Das ist vielmehr Sache derer, die die 14 Punkte aufgestellt und zur Annahme gebracht und daraufhin Deutschland gebunden haben, die Waffen niederzulegen. Wir glauben auch nicht, daß Präsident Wilson, Staatssekretär Lansing und das amerikanische Volk sich auf einen anderen als auf den

hier dargelegten deutschen Standpunkt stellen können, wenn sie nicht das tun wollen, was Präsident Wilson in seiner Botschaft vom 4. Dezember 1917 weit von sich wies, als er sagte:  
„Wir würden unsere eigene Sache entehren, wenn wir Deutschland anders als gerecht und unparteiisch und mit dem lebensschärfsten Verlangen nach Gerechtigkeit gegen alle behandelten, einzeln, wie der Krieg endet. Wir verlangen nichts, was wir selber zuzugestehen nicht bereit sind.“

Und wir, das deutsche Volk, verlangen auch weiter nichts, als das, was Präsident Wilson in dieser Erklärung verkündet hat. Wir verlangen weiter nichts, als daß die Amerikaner die 14 Punkte und die Friedensbedingungen einander gegenüberstellen. Wir glauben nicht, daß irgend jemand in den Vereinigten Staaten darn den Mut haben wird zu behaupten, in den Friedensbedingungen von Versailles habe man auch nur eine Spur von Wilsons Programm übriggelassen.  
Und hier beginnt die bestimmte Verpflichtung Amerikas zum Einschreiten. Amerika muß entweder seine 14 Punkte durchsetzen oder es muß erklären, daß es dazu nicht imstande ist, oder daß es das nicht will. Auf keinen Fall darf es die Welt glauben lassen, daß es die Friedensbedingungen von Versailles als den wahren Ausdruck der 14 Punkte Wilsons gelten lassen will. Das ist unsere Forderung, an der wir festhalten, und wir möchten nicht, welche Argumente man von amerikanischer Seite dagegen geltend machen könnte.“

## Die Clemenceau-Note über die Kriegsgefangenen.

Paris, 22. Mai. Dem Grafen Brodorski-Rankau ist heute die schon erwähnte Antwort Clemenceaus auf die Note vom 10. ds. Mts. betr. die Kriegsgefangenen zugegangen. Sie besagt, daß die Alliierten der Befreiung der Kriegs- und Zivilgefangenen, wenn sie sich Verbrecher oder Vergehen haben zu schulden kommen lassen, nicht zustimmen können. Es wird ein Sonderfall angeführt, in dem ein deutscher Gefangener einen Landwirt, bei dem er arbeitete, und seine Frau ermordet hat. Hinsichtlich dessen, was sich auf die Milderung bezieht, welche die deutsche Regierung in dem Geschehe der Kriegs- und Zivilinternierten zwischen der Zeitpanne der Unterzeichnung der Friedensbedingungen und ihrer Heimkehr eintritt zu lassen vorschlägt, wüßten die Alliierten nicht, welche Milderung gewährt werden könnte, denn sie hätten sich bemüht, die Kriegsgefangenen zu beobachten, um den Forderungen der Menschlichkeit Genüge zu leisten. Die alliierten Mächte beabsichtigen, die Kriegsgefangenen in der fraglichen Zeitpanne mit voller Berücksichtigung ihres Gefühlslebens, ihrer Bedürfnisse zu behandeln. Die Wiederherstellung des persönlichen Eigentums an die Kriegsgefangenen werde erfolgen. Bezüglich der Auskünfte über die Vermissten hätten sich die alliierten zuständigen Stellen bemüht, der deutschen Regierung alle Informationen zugehen zu lassen und würden gewiß damit fortfahren. Was die Erhaltung der Grabstätten und die Überführung der Leichen von Gefallenen betrifft, so werde auf die betreffenden Artikel der Friedensbedingungen hingewiesen.  
Bezüglich der geforderten uneingeschränkten Gegenseitigkeit wüßten die Alliierten erklären, daß sie es für erforderlich gehalten hätten, den Artikel 222 einzufügen wegen der Behandlung, welche ihre eigenen in Deutschland während des Krieges internierten Staatsangehörigen zu erleiden gehabt hätten. Da keinerlei Vergleich zwischen der Behandlung der Kriegsgefangenen durch die deutsche Regierung einerseits und durch die Alliierten und Assoziierten andererseits möglich sei, so könne in dieser Hinsicht keine Gegenseitigkeit gefordert werden. Sie wären bereit, alles Mögliche zu tun, um die deutschen Kriegs- und Zivilinternierten gehörig versorgt und angemessen behandelt nach Friedensschluß heimzuführen.  
Sie bedauern indessen, daß die zur Verfügung stehenden Versorgungsgegenstände unzureichend sind, um die deutschen Kriegsgefangenen auszufüllen. Die Kommissionen, die sich mit der Heimüberführung der Kriegsgefangenen zu befassen hätten, würden die Vertreter der alliierten und assoziierten Mächte einsehen, sobald der Frieden unterzeichnet sei.  
Als Anlage fügt Clemenceau als vorläufigen Beleg einen Bericht des Unterstaatssekretärs der Militärgerichtsbarkeit betr. des Befreiungszustandes der Kriegsgefangenen bei.

Zu dieser Antwort bemerkt die zuständige Stelle: Die alliierten und assoziierten Regierungen führen zur Begründung ihrer Ablehnung der Freilassung derjenigen Kriegs- und Zivilgefangenen, die sich wegen anderer als Disziplinarvergehen in Untersuchungshaft befinden, einen anscheinend bezeichnenden Fall an, wo sich ein deutscher Kriegsgefangener nach der Gefangenennahme eines Warden an seinem Arbeitgeber und an dessen Frau schuldig gemacht hat. Die alliierten und assoziierten Regierungen werden wohl sehr nicht behaupten wollen, daß unter den in deutscher Hand befindlichen, ihnen angehörigen Kriegsgefangenen keine Fälle dieser Art sich ereignet hätten. Im Gegenteil, es sind allzuwiele Fälle vorgekommen, wo Kriegsgefangene in Deutschland schwere Verbrechen begangen haben namentlich Mord, Brandstiftung, Mord usw. Das hat die alliierten und assoziierten Regierungen jederzeit bei dem Waffenstillstand nicht abgelehnt, die bedingungslose Rückgabe aller Gefangenen zu verlangen, die wegen solcher Verbrechen oder Verbrechen verurteilt worden waren. Es ist nicht einzusehen, warum in dieser Beziehung die deutschen Gefangenen in der Hand der alliierten und assoziierten Regierungen anders behandelt werden sollen, als die in deutscher Hand befindlichen deutschen Gefangenen.

Die Nachrichten, die fortgesetzt über die Behandlung der namentlich noch in französischer Hand befindlichen Kriegsgefangenen der deutschen Regierung zugegangen sind, lassen es als unbedingt erforderlich erscheinen, für sie jetzt endlich eine bessere Behandlung durchzuführen. Gerade die Durchführung einer Verständigung über die Einzelheiten sollte der Zweck der vorgeschlagenen mündlichen Beratung sein. Es hätte, wenn die feindlichen Regierungen sich von dem Gefühl der Billigkeit hätten leiten lassen, selbstverständlich sein müssen, daß die noch in feindlicher Gefangenenschaft zurückgebliebenen Kriegsgefangenen diesen Vergünstigungen hätten genießen müssen, die den Angehörigen der alliierten und assoziierten Mächte bei dem Abschluß des Waffenstillstandes in Deutschland zugestanden worden sind.  
Die deutsche Regierung kann nach diesen Vorgängen durchaus nicht sicher sein, daß die deutschen Kriegsgefangenen bis zu ihrer Heimüberführung mit aller Berücksichtigung ihres Gefühlslebens und ihrer Bedürfnisse behandelt werden. Wenn im übrigen die alliierten und assoziierten Regierungen behaupten, daß sie hinsichtlich der Nachforschungen der Vermissten und der Pflege der Grabstätten alle billigen Wünsche zu erfüllen gewillt seien, so ist nicht einzusehen, warum sie sich weigern, in den Vertrag Bestimmungen aufzunehmen, die auch ihrerseits vollständige Gegenseitigkeit gewähr-

leisten. Die Behauptung der alliierten und assoziierten Regierungen, daß keinerlei Vergleich zwischen der Behandlung der Kriegsgefangenen durch Deutschland einerseits und durch die alliierten und assoziierten Regierungen andererseits möglich sei, ist geradezu ungeheuerlich. Sie wird widerlegt durch eisdliche Aussagen deutscher Kriegsgefangener, die namentlich in Frankreich das härteste Los zu erdulden haben. Die Welt mag aufgrund dieser Aussagen urteilen, auf welcher Seite das Unrecht ist.

## Zur Haltung der Alliierten.

Der Druck der Alliierten auf die Neutralen.  
Berlin, 23. Mai. Die Ententevorschläge an die Neutralen, den Handelsverkehr mit Deutschland sofort abzubrechen, was zu Deutschland den Versailles Frieden nicht unterzeichnet, und zwar unter Androhung der Blockade eines etwa widerspenstigen neutralen Staates ist auch der schwedischen Regierung aus Paris zugegangen. Bis jetzt hat diese zu diesem neuesten Pariser Entwurfsentwurf noch keine Stellung genommen.

## Die Haltung der Republikaner in Amerika.

Amsterdam, 23. Mai. (Priv.) Die „Times“ melden aus New York: Die Republikaner im Kongreß fordern die unverzügliche Veröffentlichung des Friedensentwurfs an das amerikanische Volk, bevor die amerikanischen Delegierten den Vertrag unterzeichnen.

Genf, 23. Mai. (Priv.) Der „Herald“ meldet: Die Republikaner in der Union rufen für den kommenden Sonntag zu Kundgebungen gegen den Wilsonschen Völkerbundvertrag auf. Auch die Iren beteiligen sich — allerdings aus anderen Ursachen — an den Kundgebungen.

## Zwischen Waffenstillstand und Frieden.

Um die deutschen Missionen.  
Berlin, 22. Mai. Der Bischof von Fulda Josef Dominian Schmitt und der Vorsitzende der Superiorer Theophilus Wigel wenden sich an die Katholiken der alliierten und neutralen Länder, Bischöfe, Priester und Laien gegen den Ausschluß der deutschen Missionen aus den größten und wichtigsten Missionsländern, der einen flagranten Eingriff in die Freiheit der deutschen Kirche und dessen Apostolat bedeutet. Der Aufruf schließt: Wir bitten, die einflussreichen Katholiken der alliierten und neutralen Länder einmütig dafür einzutreten, daß die deutschen Missionen vor dem Untergang bewahrt bleiben und die Freiheit der Missionen ähnlich wie früher in der Kolonialzeit in der Verträge des Völkerbundes festgelegt und von allen Mächten verbürgt werde.  
Berlin, 22. Mai. In einem Aufruf, den Missiondirektor Arenfeld an „die Freunde des Reiches Gottes“ in den feindlichen und neutralen Ländern richtet, heißt es: „Ein Frieden, der jenen den selbstlosen Dienst der Missionen ausperzt, ist der schlimmste, der vornehmste Gewaltfriede.“

## Das italienische Problem.

Versailles, 23. Mai. Das „Journal des Débats“ erklärt, man könne tatsächlich am feindlichen Punkt der seit mehreren Wochen dauernden Ereignisse anzulangen zu sein. Sowohl in der Fiume-Frage wie auch in der Frage der Verteilung der Mandate in Kleinasien und der territorialen Sachabhaltung in Afrika sei man in die entscheidende Phase eingetreten.  
Das Blatt hebt hervor, daß die Ereignisse auch Veränderungen in der Zusammenfassung der italienischen Delegation nach sich zögen. Gleich den übrigen Pariser Blättern vermeidet das „Journal des Débats“ näher auf die Gründe dieser Veränderungen einzugehen. Das „Journal des Débats“ glaubt übrigens, daß die italienische Regierung zwei Lösungen für die Zusammenfassung ins Auge faßte: entweder die Bildung einer rein technischen Delegation mit Marquis Imperiali und mit Rodica di Cellere, dem Vizepräsidenten in Washington, und Crespi, oder Heranziehung des bekannten Politikers Zanotti, des ehemaligen Finanzministers, und Masas, des ehemaligen Unterrichtsministers. Es ist offensichtlich, daß die französische Presse die italienische Frage möglichst schweigend übergehen will.

## Serbien und die Fiume-Frage.

Genf, 23. Mai. (Priv.) Wie verlautet, hat nun auch Serbien eine Note an die Alliierten gerichtet, die mit der Zurückziehung der serbischen Delegation droht, falls die Entscheidung in der Fiume-Frage zugunsten Italiens ausfallen sollte.

## Aus den besetzten deutschen Gebieten.

Die Zustände in Strassburg.  
Strassburg, 23. Mai. (Privat.) Wie die „Elsaß-Lothr. Nachr.“ melden, haben sich in den letzten Wochen von den 400 elsass-lothringischen Studenten, welche die Universität Strassburg noch zählt, 220 exmatrikulieren lassen, weil sie der ganz französifizierte Lehrbetrieb und die unwissenschaftliche Art anfecht. Die meisten von ihnen wollen möglichst bald nach deutschen Universitäten umsiedeln. In maßgebenden Kreisen ist man durch diese Massenauswanderung, die der durch Hunger und Leid hervorgerufenen Massenausweisung zu folgen droht, geradezu entsetzt. Die Empörung unter der einheimischen Bevölkerung, über all die falschen Maßnahmen der Franzosen wächst beständig.  
Der 8-Stundentag im Innerschweizer Gebiet.  
Berlin, 22. Mai. Die Entente unterwarf nach der Befreiung des Innerschweizer Gebietes die Einführung des Achtstundentages für die Eisenbahner. Für die Aufhebung dieses Verbotes ist das Eisenbahnministerium, durch die Waffenstillstandskommission eingetreten. Am 26. Mai wird der Achtstundentag für die Arbeiter der Haupt-, Neben- und Betriebswerkstätten und den Streckendienst eingeführt. Seine Gewährung auch für die übrigen Eisenbahnbediensteten ist dem Ministerium in Aussicht gestellt worden.

## Zur Lage im Osten.

Das Streben der Polen.  
Berlin, 22. Mai. Ein amerikanischer Journalist aus Lhon von 22. Mai meldet u. a.: Der Friedenskonferenz erschaffen einige Schwierigkeiten durch Polen. Der polnische Vizepräsident Rakocinski verhandelte stundenlang mit dem Präsidenten Wilson und











